

Dokumentation zum Goldstone-Bericht

Der nach dem südafrikanischen Richter Richard Goldstone benannte Bericht einer vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf eingesetzten Untersuchungskommission zum Gaza-Konflikt bzw. zur israelischen Operation „Gegossenes Blei“ Ende Dezember 2008 und Anfang Januar 2009 hat ein enorme politisches und ein ebensolches Medienecho international gefunden. Inzwischen ist er mit einer Resolution des Menschenrechtsrats an den Sitz der Vereinten Nationen in New York weitergeleitet worden. Einige wenige Stimmen zum Bericht und dessen Hintergründe bzw. Zusammenhänge werden hier dokumentiert. Ein Mitglied unseres Herausgeberremiums, Ekkehard W. Stegemann, hat sie ausgewählt. Sein eigener Kommentar folgt dieser Dokumentation.

Gal Beckermann

Goldstone: „Vor Gericht würden diese Beweismittel nicht standhalten.“

Der Goldstone-Bericht schildert in seinen Absätzen 713 bis 716 ein Ereignis, das – sofern es tatsächlich stattgefunden hat – nichts anderes als ein willkürlicher Gewaltakt war.

Rund hundert Mitglieder der Familie Samouni halten sich in einem Haus in Zeytoun südlich von Gaza-Stadt auf. Sie befinden sich dort auf Befehl von israelischen Truppen, die die Region im Rahmen der Operation *Cast Lead* patrouillieren. Als fünf Männer vor das Haus treten, um Brennholz zu sammeln, werden sie – wie aus heiterem Himmel – von einer Rakete beschossen, die möglicherweise von einem Apache-Helikopter aus abgefeuert wurde. Kurz darauf schlagen zwei oder drei weitere Raketengeschosse direkt im Haus ein. Insgesamt fallen dem Angriff 21 Familienmitglieder, darunter viele Frauen und Kinder, zum Opfer. Als die überlebenden Familienmitglieder versuchen, nach Gaza-Stadt zu flüchten, befiehlt ihnen ein israelischer Soldat, in das Haus, die „Stätte des Todes“, zurückzukehren.

Etwas weiter hinten schildert der Bericht in den Absätzen 822 bis 826 einen weiteren Zwischenfall scheinbar unprovoked Gewalt. Zwischen 200 und 300 Männer und Frauen sind in einer Moschee außerhalb von Jabalyah zum Abendgebet versammelt. Plötzlich wird das Eingangstor durch eine Explosion in Stücke gerissen und durch den Gebetssaal gesprengt. Offensichtlich wurde es von einer Rakete getroffen. Fünfzehn Menschen, teilweise kniend in ihr Gebet vertieft, kommen ums Leben. Einem Jungen, der neben der Eingangstür sitzt, wird das Bein weggerissen.

So schwer die Einzelheiten dieser beiden Ereignisse auch sein mögen, wurden sie in der Folge doch weitgehend ausgeblendet. Stattdessen drehen sich die kon-

troversen Diskussionen über die UNO-Untersuchungsmission und deren Bericht unter Leitung von Richard Goldstone, einem international hoch geachteten jüdischen Rechtsgelehrten aus Südafrika, im Großen und Ganzen um politische Fragen wie Unausgewogenheit, Kontextlosigkeit und eine angeblich israelfeindliche Haltung des UNO-Menschenrechtsrates, der Richard Goldstone mit diesem Mandat ausgestattet hatte.

In diesen ganzen Diskussionen blieben Goldstones Feststellungen jedoch weitgehend ungeprüft. Die 36 konkreten Zwischenfälle, mit denen sich der Bericht befasst, zeichnen das beunruhigende Bild einer israelischen Armee, die vorsätzlich unbewaffnete Zivilisten ins Visier nimmt. Allerdings gründen die im Bericht geschilderten Tatsachen hauptsächlich auf nur ungenügend untersuchten oder überprüften Aussagen palästinensischer Augenzeugen. Kritiker bemängelten auch, dass der Untersuchungsausschuss teilweise ohne die nötige Sorgfalt, ohne ausreichende Kreuzverhöre und ohne die Nachprüfung der erhobenen Informationen gearbeitet habe. Alternative Interpretationen der Ereignisse wurden nicht in Betracht gezogen, geschweige denn eingehend überprüft.

Dabei hat Israels Weigerung, mit dem Goldstone-Ausschuss zusammenzuarbeiten – eine Entscheidung, die sogar einige Kritiker des Berichts bemängelt haben – bestimmt eine gewisse Rolle gespielt. In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, dass Richard Goldstone selbst am 2. Oktober in einem Interview mit dem *Forward* darauf hinwies, die Erkenntnisse seines Berichts seien nur vorläufiger Natur. „Unser Mandat bestand nicht darin, Ermittlungen durchzuführen, sondern Fakten zusammenzustellen“, sagte er in seinem New Yorker Büro an der *Fordham University Law School*, wo er gegenwärtig als Gastdozent lehrt. „Wir haben das von Anfang an klar gemacht.“ Goldstone verteidigte die Tatsache, dass sich der Bericht auf Aussagen von Augenzeugen abstützt, indem er darauf hinwies, dass der Ausschuss alle Aussagen durch Gegenproben überprüft und mittels Fotografien, Satellitenaufnahmen, gleichzeitig erstellte Alternativberichte, gerichtsmedizinische Beweismittel und Inspektionen vor Ort erhärtet habe. In Bezug auf die gesammelten Informationen fügte Goldstone jedoch hinzu: „Wir mussten das Beste machen aus dem Material, das uns zur Verfügung stand. Vor Gericht würden diese Beweismittel nicht standhalten.“

Außerdem unterstrich Goldstone, dass er seine Schlussfolgerung, wonach Kriegsverbrechen begangen worden seien, absichtlich im Konjunktiv formuliert habe und er nach wie vor hoffe, dass Israel und Palästina diese belastenden Aussagen bei ihren weiteren Untersuchungen als „hilfreiche Leitplanken“ verwenden werden. Dabei verwies er auf seine Arbeit als Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien im Jahre 1994. Als er diesen Auftrag übernahm, erhielt er einen vom UNO-Sicherheitsrat beauftragten Bericht, der auf einer Untersuchungsmission beruhte, die seines Erachtens mit seinem Gaza-Mandat vergleichbar war.

„Wir konnten diesen Bericht keineswegs als Beweisdokument verwenden“, sagte Goldstone. „Aber die Informationen waren für unsere Ermittler und mich

selbst als Chefankläger zweifellos hilfreiche Leitplanken, die uns eine Richtung für unsere Untersuchungen vorgaben, was ja auch Sinn und Zweck eines solchen Berichts ist. Falls in Israel eine unabhängige Untersuchung zu Stande käme, würden die in unserem Bericht publizierten Fakten und Aussagen als hilfreiche Leitplanken dienen.“

Trotz dieser Beteuerungen strotzt der Bericht vor gewagten und deklamatorischen rechtlichen Schlussfolgerungen, die in krassem Widerspruch zu den vorsichtigen und einschränkenden Ausführungen seines Verfassers stehen. So verweist der Bericht mehrmals und ohne jede Relativierung auf konkrete Verletzungen der auch von Israel unterzeichneten Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und andere völkerrechtliche Verstöße. Unter Hinweis auf konkrete Fälle stellt der Bericht unzweideutig fest, dass Israel „das im internationalen Gewohnheitsrecht verankerte Verbot“, Zivilpersonen zum Objekt von Kampfhandlungen zu machen, verletzt hat. Diese Verstöße – so führt der Bericht weiter aus – seien „eine gravierende Verletzung“ der Konvention.

Diese voreilige Verurteilung aufgrund von nicht erhärteten Unterstellungen hat jene verärgert, die sich eingehender mit den Tatsachen befasst haben.

„Falls diese Anschuldigungen zutreffen, sind sie sehr gravierend“, sagt Avi Bell, Professor für Rechtswissenschaft an der Bar-Ilan-Universität. „Aber es handelt sich nach wie vor lediglich um Anschuldigungen. Das allein verleiht ihnen noch keinen Wahrheitsgehalt. Und genau deshalb sollte die Untersuchungsmission hier und jetzt mit ihrer Arbeit ansetzen, statt sie zu beenden.“

Goldstone räumte ein, dass Israel irgendwie auf den unablässigen, von Gaza ausgehenden Raketenbeschuss durch die Hamas reagieren musste. Die Art dieser Reaktion habe jedoch zu „Repressalien und Kollektivbestrafungen geführt und sei als Kriegsverbrechen zu werten.“

Die Anschuldigungen des Berichts gegen Israel lassen sich in zwei Hauptkategorien einteilen. Zur ersten Kategorie gehören Satellitenkarten, Augenzeugenberichte und Ermittlungen vor Ort, um die zahlreichen Fälle zu illustrieren, bei denen zivile Infrastruktureobjekte in Gaza angegriffen und zerstört wurden: Lagerhallen mit Nahrungsmitteln, Wasserreservoir, landwirtschaftliches Nutzland, Kläranlagen, Polizeiwachen und das Parlamentsgebäude in Gaza-Stadt. Für Goldstone lassen sich derartige Angriffe ausschließlich als Kollektivstrafe für die Bevölkerung erklären. Die meisten Rechtsexperten sind sich denn auch einig, dass Angriffe gegen nichtmilitärische Ziele ein Kriegsverbrechen darstellen. Allerdings bestätigt Israel in seinem, im Juli veröffentlichten Bericht zu *Cast Lead*, zivile Ziele getroffen zu haben, bezeichnet diese jedoch gleichzeitig als Teil der „terroristischen Infrastruktur der Hamas“ und damit als legitime Angriffsziele.

Die Anschuldigungen, die die zweite Kategorie der Anschuldigungen des Goldstone-Berichts ausmachen, werden von vielen Israelis vehement als eine Art von *Blutbeschuldigung* verurteilt. Sie fechten dabei nicht nur Goldstones rechtliche Schlussfolgerungen der Ereignisse an, sondern bestreiten auch, dass die beschrie-

benen Ereignisse überhaupt stattgefunden haben. Goldstone besteht darauf, dass die israelische Armee in ein paar Einzelfällen außerhalb jeglicher Kampfhandlungen und mit Absicht unbewaffnete Angehörige der Zivilbevölkerung am Boden angegriffen habe. Falls sich diese Vorwürfe als zutreffend erweisen sollten, handelte es sich dabei um schwerwiegende Verstöße gegen Israels eigenes *humanitäres Kriegsrecht*. Israel hat wiederholt öffentlich erklärt, dass es im Gegensatz zur Zerstörung von Infrastruktur den Beschuss von Angehörigen der Zivilbevölkerung unter keinen Umständen dulden würde. Ohne auf Details einzugehen, ließ die israelische Armee verlauten, dass sie dabei sei, hundert Klagen in Zusammenhang mit der Operation in Gaza zu prüfen, und gegenwärtig dreizehn strafrechtliche Untersuchungen führe.

Im Kapitel „Beabsichtigte Angriffe gegen die Zivilbevölkerung“ untersucht der Bericht elf Zwischenfälle, einschließlich der Todesopfer der Samouni-Familie und des Schlags gegen die Al-Maqadmah-Moschee in Jabaliyah. Beide Ereignisse hat Goldstone in seinen öffentlichen Kommentaren wiederholt als besonders ungeheuerliche Beispiele für das in seinen Worten „kriminelle Verhalten Israels“ während des Kriegs bezeichnet.

Im Fall der Familie Samouni führt der Bericht die Informationsquellen auf. Fünf Familienmitglieder und einige Nachbarn wurden befragt. Außerdem vernahm Angehörige der Mission auch Mitarbeitende des Palästinensischen Roten Halbmonds, die zur Protokoll gaben, sie hätten bei der israelischen Armee um Erlaubnis nachgesucht, die Verwundeten zu betreuen. Dies sei ihnen verwehrt worden. Die Mission nahm auch einen Augenschein vom Haus, das bei dem Angriff getroffen worden war. Goldstone erwähnt, Familienmitglieder in den Trümmern des zerstörten Hauses getroffen zu haben. Überdies wurden auch Informationen anderer NGOs überprüft, ohne diese jedoch namentlich zu nennen. Ferner zog die Mission Fotografien bei, um den Tod der 21 Männer, Frauen und Kinder zu bestätigen, die aufgrund der Zeugenaussagen ums Leben gekommen waren.

Zum größten Teil stützt der Bericht jedoch die Einzelheiten der Ereignisse, die am Morgen des 5. Januar 2009 stattfanden und 21 Todesopfer zur Folge hatten, auf Augenzeugenberichten ab.

Israel reagierte auf erste Berichte zum Angriff der Armee auf das Haus von Wa'el al-Samouni abweisend. Am 9. Januar stellte der Sprecher der israelischen Armee Jacob Dallal in Abrede, dass die Armee eine große Gruppe von Menschen im besagten Haus festgehalten oder dass überhaupt ein Angriff auf ein Haus in diesem Stadtviertel stattgefunden habe – eine Aussage, die von der Armee im Übrigen nie korrigiert wurde.

Entgegen dieser Erklärung zeigt der Goldstone-Bericht Fotografien des Hauses von Wa'el al-Samouni, die am 18. Januar aufgenommen wurden, als die überlebenden Familienmitglieder wieder zu ihrem Haus zurückkehren konnten. Die Bilder zeigen „Füße und Beine, die unter Schutt und Sand hervorragen, und Angehörige von Bergungsmannschaften, die Leichen von Frauen, Männern und

Kindern aus den Trümmern hervorziehen“, führt der Bericht aus und fügt hinzu, dass das Haus und die meisten anderen Häuser des Viertels zerstört waren.

Einige Kritiker hinterfragen die im Bericht dargestellte Version. Sie äußern Zweifel darüber, ob das Viertel mit dem Haus der Samounis zum Zeitpunkt des Beschusses durch die israelische Armee wirklich vollständig befriedet war, wie der Bericht behauptet. Jonathan Halevi, Oberstleutnant a. D. der israelischen Armee, unterbreitete dem Ausschuss Unterlagen über Kampfhandlungen durch bewaffnete palästinensische Gruppen in diesem Viertel. Laut Halevi widerlegt sein Beweismaterial zahlreiche Darstellungen des Berichts.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass Halevis Material Goldstones Erkenntnisse erhärtet. Halevi wirft Goldstone jedoch vor, er habe es unterlassen, ähnliches, im Internet frei verfügbares Material beizuziehen. Halevis Unterlagen über den Fall Samouni beziehen sich ausschließlich auf die militärische Aktivität der Hamas zur fraglichen Zeit in diesem Gebiet. Halevi kommt zum Schluss, dass es keine derartige Aktivität gegeben habe, was Goldstone zur Schlussfolgerung veranlasste, die Kampfhandlungen seien abgeschlossen gewesen. Halevi macht jedoch geltend, dass ergänzende Informationen – vor allem die Websites anderer militanter Gruppen – klar gemacht hätten, dass eine andere Miliz, namentlich der Islamische Dschihad, am fraglichen Morgen in diesem Stadtviertel aktiv gewesen sei.

„Der Bericht erweckt den Eindruck, dass die israelische Armee im Gazastreifen in einem Vakuum operiert habe. Daraus könnte man leicht schließen, sie sei dort auf praktisch keinen Widerstand gestoßen“, sagt Halevi, der als Berater für die Politische Planungsabteilung des Außenministeriums von Israel tätig war und heute als Researcher für das *Jerusalem Center for Public Affairs* arbeitet.

Halevi hat die Namen der bei dem Angriff Getöteten überprüft und mit den Listen von Kämpfern der Hamas und des Islamischen Dschihads auf deren Websites abgeglichen. Er sagt, dass nicht nur in der Nähe des Hauses der Familie Samouni Kampfhandlungen stattgefunden haben, sondern dass auch einige der männlichen Mitglieder der Familie Samouni in Verbindung mit dem Islamischen Dschihad stehen, und kommt zum Schluss, dass der Angriff deshalb vielleicht nicht so unprovokiert und willkürlich gewesen sein könnte, wie es der Bericht darstellt. Wären die Aussagen der palästinensischen Zeugen im Kreuzverhör erhärtet worden, hätte sich – aufgrund seiner Meinung – eine sehr viel komplexere Sachlage ergeben.

Andere Kritiker äußerten allgemeinere Bedenken in Zusammenhang mit der Zuhilfenahme von Augenzeugenberichten.

„Menschen sehen nicht, was sie zu sehen glauben“, sagt Avi Bell, der Jura-Professor der Bar-Ilan-Universität. „Menschen erinnern sich nicht an das, an was sie sich zu erinnern glauben. Dies gilt auch für Aussagen, die unter den bestmöglichen Umständen getätigt werden und wenn die Zeugen bestrebt sind, wahrheitsgetreue Informationen zu liefern. Im vorliegenden Fall jedoch geht es um Zeugen, die in den meisten Fällen unter einem totalitären Regime leben und Ge-

genstand systematischer Einschüchterung sind. Zudem leben sie in einer Region, in der seit langer Zeit Krieg herrscht, was auch bedeutet, dass sie der anderen Seite äußerst feindselig gegenüberstehen.“

Für Goldstone lässt der Schlag gegen die Moschee keine andere Interpretation als die Feststellung zu, dass es sich um einen beabsichtigten Angriff gegen Zivilpersonen gehandelt haben muss. Er stützte die Augenzeugenaussagen durch einen Besuch der Moschee und eine gerichtsmedizinische Ermittlung ab. Im Interview mit dem *Forward* führte er aus, weshalb er diesen Angriff als Kriegsverbrechen einstuft. „Unter der Annahme, dass die Moschee als Waffenarsenal gedient hat, könnte man nicht von einem Kriegsverbrechen sprechen, wenn sie nachts bombardiert würde“, sagte Goldstone. „Allerdings läge ein Kriegsverbrechen vor, wenn man sie tagsüber bombardieren würde, während sich 350 Gläubige beim Gebet darin aufhalten.“

Wie im Fall Samouni bestritt Israel auch, dass der Angriff auf die Moschee überhaupt stattgefunden hat.

Es wurde aber auch in Frage gestellt, ob die unmissverständliche Darstellung des Schlags gegen die Moschee im Bericht der vollen Wahrheit entspricht. Gemäß Recherchen von Halevi und Ermittlungen eines unter der Bezeichnung *Elder of Zion* auftretenden Bloggers, die ihre Informationen jeweils mit den Websites der Hamas und des Islamischen Dschihad abglichen, befanden sich unter den fünfzehn Getöteten sechs Männer, die sie als Mitglieder des paramilitärischen Flügels der Hamas, der *Qassam-Brigaden*, bezeichneten.

Weil die Rakete unmittelbar vor der Moschee einschlug, geht Halevi davon aus, dass es sich möglicherweise um einen Drohnenangriff handelte, der einer Militantengruppe in unmittelbarer Nähe gegolten hatte. Überdies spekuliert er, dass die Israelis unter Umständen fälschlicherweise von einer leeren Moschee ausgegangen waren, weil sie nicht wussten, dass man an jenem Tag ausnahmsweise die Sonnenuntergangs- und Abendgebete zusammengelegt hatte.

Der Bericht geht weder auf derartige Alternativszenarien ein, noch kommentiert er den Zufall, dass so viele der Getöteten, gemäß Halevi, registrierte Hamas-Militante waren. Am Ende des Absatzes über den Schlag gegen die Moschee gelangt der Bericht zur Schlussfolgerung, Israel habe aufgrund der Aussagen „mehrerer Zeugen“ und einer Inspektion vor Ort gegen das Völkerrecht, die Vierte Genfer Konvention und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoßen.

Gemäß Goldstone ist es jetzt an Israel, diesen Erkenntnissen durch eigene Ermittlungen entgegenzutreten. „Wenn ich Israel beraten könnte, würde ich für eine offene Untersuchung plädieren“, sagte Goldstone dem *Forward*. „Auf diese Weise könnte diese Angelegenheit abgeschlossen werden. Es liegt im Interesse des israelischen Volkes, Strafverfolgungen einzuleiten, falls sich unsere Vorwürfe bewahrheiten und als strafrechtlich relevant erweisen sollten. Und falls sie sich als falsch her-

ausstellen sollten, müsste auch dies erhärtet werden. Und ich würde es in keiner Weise als peinlich erachten, wenn viele unserer Vorwürfe widerlegt würden.”

Für Goldstone wäre eine interne Armeeuntersuchung nicht glaubhaft. Er wies darauf hin, dass kein einziger seiner palästinensischer Zeugen von der israelischen Armee als Zeuge verhört worden sei. Als gutes, nachahmenswertes Beispiel erwähnte er die von Menachem Begin beauftragte Untersuchung der Mاسaker von Sabra und Schatila durch Israel.

Die USA haben bisher alle UNO-Maßnahmen gegen Israel in Zusammenhang mit dem Goldstone-Bericht blockiert und selbst die palästinensische Seite davon überzeugt, auf eine Initiative vor dem UNO-Menschenrechtsrat im Hinblick auf eine Resolution des Sicherheitsrats zu verzichten und die Angelegenheit bis März 2010 auf Eis zu legen. Allerdings haben die USA neulich Israel auch öffentlich dazu gedrängt, eine unabhängige und offene Untersuchung in die Wege zu leiten.

Am 5. Oktober sagte Ian Kelly, Sprecher des US-Staatsdepartements: „Als demokratischer Staat verfügt Israel über die nötigen Institutionen, um sich mit diesen Anschuldigen zu befassen. Wir haben Israel selbstverständlich dazu aufgefordert, sich mit diesen sehr schwerwiegenden Vorwürfen auseinanderzusetzen.“

Quelle: <http://forward.com/articles/116269>

Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Renfer

Dan Kosky

Goldstones Unterlassungssünden

Leichtfertige Kritik statt Lösungsansätze: Der Goldstone-Bericht trägt nicht zur Aufklärung des Gaza-Konflikts bei.

Richard Goldstones lang erwarteter Bericht bestätigt den Verdacht, dass es der Goldstone-Mission darum geht, Israel zu isolieren. Aufgrund absurder Ermittlungsmethoden ist ein Bericht entstanden, der lediglich Israel schlecht macht und keinen Beitrag zu einem besseren Verständnis des Gaza-Konflikts leistet.

Schon das einseitige Mandat des Goldstone-Ausschusses, das die Hamas von jeglicher Schuld freispricht, wurde mit Recht kritisiert. Außerdem brandmarkte Christine Chinkin, Mitglied des Ausschusses, Israels Operation in Gaza schon als „Kriegsverbrechen“, noch bevor Goldstones Ausschuss seine Arbeit überhaupt aufgenommen hatte. Nachdem die israelische Regierung diese Warnsignale wahrgenommen hatte, beschloss sie mit Recht, dem Goldstone-Prozess fernzu-

bleiben. Skeptisch wurde vielerorts auch die fehlende Transparenz der ganzen Mission wahrgenommen. So wurden handverlesene Zeugen ohne jede weitere Erklärung eingeladen, vor dem Ausschuss auszusagen. Ein Hearing in Genf, das vordergründig dazu dienen sollte, Meinungen aus Israel einzuholen, verkam zu einer Veranstaltung, an der radikale NGOs antiisraelische Propaganda verbreiten durften, die nicht viel mit dem Konflikt in Gaza zu tun hatte.

Besonders abstoßend war der Videoauftritt von Shawan Jabarin, Direktor von Al-Haq, einer NGO aus Ramallah, die auf der ganzen Welt Prozesse gegen israelische Behördenmitglieder in die Wege geleitet hat. Seine Aussagen zu den Vorgängen in Gaza wurden durch Beweise überschattet, dass Jabarin zu den „führenden Aktivistinnen der terroristischen Organisation *Volksfront zur Befreiung Palästinas* zählt. Die Vorwürfe von Al-Haq werden im Bericht ohne jeden Hinweis auf den problematischen Hintergrund dieser Organisation mindestens dreißig Mal erwähnt. Die schwerwiegenden Zweifel über den Ermittlungsprozess der Mission kommen denn auch in den Schlussfolgerungen des Berichts zum Ausdruck, die den Verdacht nähren, dass es der Mission letztlich nur darum gehen sollte, Israel zu verurteilen. Der Bericht strotzt nur so von dubiosen Statistiken und Quellen. Die Opferzahlen stammen vom Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte (PCHR), einer politisch motivierten Organisation, die Terrorismus konsequent als Mittel des Widerstands bezeichnet hat. So werden in den verfälschten PCHR-Statistiken militärische Hamas-Führer wie Nizar Rayan und Said Siam als Zivilpersonen dargestellt.

Doch letztlich ist das, was im Bericht nicht gesagt wird, am aussagekräftigsten. So erwähnt der Bericht mit keinem Wort die Hamas-Strategie der menschlichen Schutzschilder, die wesentlich zur Zahl der zivilen Opfer in Gaza beigetragen hat. Offensichtlich zieht es Goldstone vor, das Offensichtliche zu verschweigen. Er räumt zwar ein: „Bewaffnete palästinensische Truppen waren während der militärischen Operationen in städtischen Gebieten präsent und benutzten diese als Basis, um Raketen abzufeuern“, geht jedoch der logischen Schlussfolgerung aus dem Weg, dass es sich dabei um einen massiven Einsatz menschlicher Schutzschilder handelt. Ein Eingeständnis, dass die Hamas Zivilpersonen in Gaza gefährdet hat, wäre natürlich eine Gegenthese zu Israels Schuld. Doch an Stelle der unbequemen Wahrheit zementiert der Bericht die Vorverurteilung Israels.

In ähnlicher Weise schweigt sich Goldstone über die Unzuverlässigkeit seiner wichtigsten „Augenzeugen“ aus. Genau wie die zahlreichen NGO-Publikationen unmittelbar nach dem Gaza-Konflikt (insbesondere jene der Organisation *Human Rights Watch*, deren Vorstand Richard Goldstone angehört hatte) stellt auch Goldstones so genannte Untersuchung weitgehend auf „Augenzeugen“ aus Gaza ab. Bar jeglicher Logik geht der Bericht überhaupt nicht näher darauf ein, dass „die in Gaza befragten Personen eine gewisse Abneigung hatten, über die Aktivitäten von bewaffneten Gruppen auszusagen“. Dabei deutet gerade diese Beobachtung auf die Gefährdung von Zeugen hin, die bereit gewesen wären, gegen das Regime in Gaza Stellung zu beziehen. Goldstone verschweigt aber, wie sehr die Ein-

schüchtering durch die Hamas die Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen und damit das Fundament seiner eigenen Schlussfolgerungen untergräbt.

Angesichts dieser dünnen Beweislage erscheinen Goldstones Empfehlungen in einem besonders unheilvollen Licht. Obwohl die „Erkenntnisse (...) nicht den Anspruch von Beweismitteln erheben, die in Strafrechtsverfahren standhalten könnten“, werden sie zweifelsohne eine Justizkampagne gegen Israel auslösen. Sowohl Israel als auch die euphemisierten „Gaza-Behörden“ erhielten eine halbjährige Gnadenfrist, um zu beweisen, dass sie in der Lage sind, potenzielle Kriegsverbrechen zu untersuchen. Andernfalls werden sie sich als Ausgestoßene der Völkergemeinschaft vor dem *Internationalen Strafgerichtshof (ICC)* verantworten müssen.

Es ist jedoch unrealistisch zu glauben, einen nichtstaatlichen Akteur wie die von Iran unterstützte Hamas vor Gericht zur Rechenschaft ziehen zu können. Noch unrealistischer wäre jedoch die Erwartung, dass eine israelische Untersuchung einer Beurteilung durch UNO-Institutionen standhalten könnte. Die israelischen Behörden haben bereits mehr als 100 angebliche Vergehen untersucht, wobei 23 Fälle noch anhängig sind. Diese Untersuchungen wurden bereits als unzureichend betrachtet, noch bevor sie überhaupt eröffnet wurden, und man mag sich wundern, wie viele Verurteilungen von israelischen Gerichten ausgesprochen werden müssten, um Goldstones Bannstrahl abzuwenden.

Goldstones Empfehlungen stehen denn auch vor allem aufgrund seiner Unterlassungssünden auf schwachen Beinen. Er verurteilt zwar Israels militärische Kampagne, liefert selbst jedoch praktisch keine Lösungsansätze. Sein Hinweis auf das komplexe Wesen der asymmetrischen Kriegsführung ist bloßes Lippenbekenntnis, solange er nur den bequemen Weg des Kritisiertens beschreitet. Statt vorzuschlagen, wie man der Hamas oder dem Islamischen Dschihad, die mit Absicht Zivilpersonen ins Visier nehmen, das Handwerk legen könnte, zieht Goldstone es vor, einfach Israel an den Pranger zu stellen.

Natürlich sind die Briten und US-Amerikaner mit ihren Armeen auf fernen Kriegsschauplätzen mit demselben Dilemma konfrontiert. Solange die Probleme in Gaza nicht ernsthaft angegangen oder die Handlungen der Streitkräfte in Afghanistan und Irak keiner vergleichbaren Prüfung unterzogen werden, ist es nur gerechtfertigt, dass Goldstone bzw. die NGOs und die UNO, die seiner Mission ihre Unterstützung zukommen ließen, ein Makel anhaften wird.

Quelle:

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/sep/16/richard-goldstone-report-israel-gaza>

Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Renfer

Oberst Richard Kemp, ehemaliger Kommandeur der britischen Streitkräfte in Afghanistan, weist den antiisraelischen „Report“ zurück.

Der Offizier erklärte vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen wörtlich:

„Die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) sind die moralischste Armee in der Geschichte der Kriegsführung“ und „Selbstverteidigung ist kein Kriegsverbrechen.“ Der von Experten als unseriös und fehlerhaft bezeichnete „Goldstone-Report“ war die Grundlage für eine, hauptsächlich von arabischen Staaten durchgesetzte Verurteilung Israels durch den „UN-Menschenrechtsrat“ in Genf.

Oberst Kemp führte weiter aus:

„Ich bin der frühere Kommandeur der britischen Streitkräfte in Afghanistan. Ich habe der NATO und den vereinten Nationen gedient; habe Truppen in Nordirland, Bosnien und Mazedonien angeführt; und ich habe am Golfkrieg teilgenommen. Ich habe seit der Invasion 2003 einige Zeit im Irak verbracht und für den gemeinsamen Ausschuss des Nachrichtendienstes der britischen Regierung zum internationalen Terrorismus gearbeitet.

Herr Präsident, gestützt auf mein Wissen und meine Erfahrung, kann ich Ihnen sagen: Während der Operation ‚Gegossenes Blei‘ unternahmen die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) mehr, um die Rechte von Zivilisten im Kampfgebiet zu schützen, als jemals eine andere Armee in der Geschichte der Kriegsführung zuvor.

Israel hat so gehandelt angesichts eines Feindes, der sein militärisches Potenzial absichtlich hinter dem menschlichen Schutzschild der Zivilbevölkerung positioniert hat. Die Hamas, wie die Hisbollah, sind Experten darin, die Medienprogramme zu lenken. Beide werden immer Leute zur Hand haben, die bereit sind, Interviews zu geben, in denen sie die israelischen Streitkräfte der Kriegsverbrechen verurteilen. Sie sind bewandert darin, Ereignisse vorzuspielen und zu verdrehen. Die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) stehen einer Herausforderung gegenüber, die wir Briten nicht im gleichen Maß bewältigen müssen. Es ist die automatische pawlowsche Vorannahme vieler internationaler Medien und Menschenrechtsorganisationen, dass die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) sich im Unrecht befinden und Menschenrechte verletzen.

Die Wahrheit ist, dass die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) außerordentliche Maßnahmen ergriffen haben, um die Zivilisten in Gaza über die Zielgebiete zu informieren, indem zwei Millionen Flugblätter abgeworfen und über 100.000 Telefonanrufe getätigt worden sind. Viele Missionen, in denen Hamas-Militärpotential hätte entfernt werden können, wurden abgebrochen, um zivile Opfer zu vermeiden. Während des Konflikts haben die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) die Einfuhr riesiger Mengen an humanitärer Hilfeleistung nach Gaza erlaubt.

Hilfe geradezu in die Hand des eigenen Feindes zu liefern, ist für den militärischen Taktiker normalerweise ziemlich undenkbar. Aber die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) haben diese Risiken auf sich genommen. Trotz all dem wurden natürlich unschuldige Zivilisten getötet. Krieg bedeutet Chaos und ist voller Fehler. Es gab Fehler bei den britischen, amerikanischen und anderen Streitkräften in Afghanistan und im Irak. Viele von ihnen geschahen aufgrund menschlichen Versagens. Aber Fehler sind keine Kriegsverbrechen. Mehr als alles andere waren die zivilen Opfer eine Konsequenz des Hamas-Kampfstils. Die Hamas versuchte absichtlich, ihre eigene Zivilbevölkerung zu opfern.

Herr Präsident, Israel hatte keine andere Wahl, als die eigene Bevölkerung zu schützen und die Hamas aufzuhalten, sie mit Raketen anzugreifen.

Und ich sage dies noch einmal: Die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) unternahmen mehr, um die Zivilbevölkerung im Kampfgebiet zu schützen, als jemals eine Armee in der Geschichte der Kriegsführung zuvor.“

Quelle: World Jewish News 19.10.2009

Ekkehard W. Stegemann

Selbsternannte Wächter der Menschenrechte

Der sogenannte „Goldstone-Bericht“ ist das Ergebnis einer vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) im Januar 2009 beschlossenen Untersuchung („fact-finding mission“). Das Mandat dafür hat den Schuldspruch allerdings schon vorweggenommen: Die Mission sollte nämlich „alle Verletzungen des internationalen Menschenrechts und des internationalen humanitären Rechts durch die Besatzungsmacht, Israel, gegen das palästinensische Volk überall im besetzten palästinensischen Territorium, besonders im besetzten Gazastreifen, untersuchen“, und zwar „aufgrund der aktuellen Aggression“. Gemeint ist die im Untersuchungsbericht dann als „Gazakonflikt“ bezeichnete dreiwöchige israelische Operation „Gegossenes Blei“ im Dezember 2008 und Januar 2009, die eine Reaktion auf den jahrelangen Raketenbeschuss israelischer Zivilisten von Gaza aus durch militante palästinensische Gruppen, nicht nur der Hamas, war. Nicht allein stand aber das Ergebnis der Kommission, die diese fact-finding mission ausüben sollte, schon fest, bevor sie eingesetzt worden war und ihre Arbeit aufgenommen hatte. Vielmehr wurde die andere Seite des Konflikts, zumal die im Gazastreifen herrschende Hamas, die durch ihren jahrelangen (auch nach der Räumung des Gazastreifens durch Israel fortgesetzten) Raketenbeschuss israelischer Zivilisten klarerweise Kriegsverbrechen begangen und den Konflikt überhaupt erst provoziert hatte, im Mandat nicht erwähnt. Der Menschenrechtsrat rechnete sie zu den Opfern der Verletzung internationaler Rechte durch Israel. Er hat auch gleich noch den Gazastreifen zu einem durch Israel besetzten Terri-

torium („occupied Gaza Strip“) erklärt, als wenn die von Sharon in bitteren innenpolitischen Auseinandersetzungen im August 2005 zwangsweise durchgesetzte vollständige Evakuierung israelischer Siedler und der Abzug des Militärs nicht stattgefunden hätte. Der einzige israelische Soldat im Gazastreifen vor dem Gazakrieg war und ist bis heute der gekidnappte und gegen jedes internationale Recht gefangen gehaltene Korporal Gilad Shalit.

Die ehemalige irische Präsidentin und frühere Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Mary Robinson, wurde gebeten, die Leitung der Untersuchungskommission zu übernehmen. Sie lehnte das jedoch ab mit der Feststellung:

Die Resolution ist nicht ausgewogen, weil sie sich nur auf das, was Israel getan hat, richtet, ohne nach einer Untersuchung des Abschusses von Raketen durch die Hamas zu fragen. Unsäglich ist es eine Praxis des Rates, Resolutionen zu verabschieden, die nicht durch Menschenrechte, sondern durch Politik gelenkt werden. Das ist sehr beklagenswert.

In die Bresche sprang dafür der südafrikanische Richter Richard Goldstone, ein Jude und – wie er selbst sagte – „bekennender Zionist“. Goldstone hatte sich als Richter in nationalen Prozessen und als Chefankläger im Haager Gerichtshof in internationalen Strafprozessen einen Namen gemacht. Was ihn weiter empfahl, war auch, dass er Mitglied des Vorstands der *Human Rights Watch* war, eine Nichtregierungsorganisation, die manchen Beobachtern durch ihre einseitigen und antiisraelischen Stellungnahmen zum Nahost-Konflikt aufgefallen ist. Kürzlich hat sich auch der Gründer dieser Organisation, Robert Bernstein, in der *New York Times* deutlich von deren Machenschaften, zumal in der für den Nahen Osten zuständigen Abteilung, distanziert (*NY Times* 20. 10. 2009). Er erklärte, dass der Auftrag von *Human Rights Watch* „ursprünglich“ war, in „geschlossenen Gesellschaften für Grundfreiheiten einzutreten und Dissidenten zu unterstützen. Doch in letzter Zeit hat sie Berichte zum Israelisch-Arabischen Konflikt herausgebracht, die denen helfen, die Israel zu einem Pariastaat machen möchten.“ Diese Tendenz bestand schon, als Goldstone im Vorstand der *Human Rights Watch* war. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, wenn Bernstein schreibt, dass die verantwortlichen Leiter von *Human Rights Watch* wussten, dass Hamas und Hisbollah vom Iran unterstützt werden, dessen Regierung „öffentlich ihre Absicht erklärt hat, nicht nur Israel zu zerstören, sondern Juden überall zu ermorden“. „*Human Rights Watch* hat ihre kritische Perspektive auf einen Konflikt aufgegeben, in dem Israel wiederholt von Hamas und Hisbollah angegriffen wurde – Organisationen, die israelische Bürger verfolgen und ihr eigenes Volk als menschliches Schutzschild gebrauchen.“

Ein Mitglied der vierköpfigen Goldstone-Kommission, die Juristin Professor Christine Chinkin aus London, hatte vor ihrer Berufung, ja bereits während der Operation „Gegossenes Blei“ selbst, einen offenen Brief unterzeichnet, der unter der Überschrift veröffentlicht wurde: „Israels Bombardierung von Gaza ist keine Selbstverteidigung – es ist ein Kriegsverbrechen“ (*TimesOnline* 11. 1. 2009; die Kriegshandlungen wurden am 18. 1. 2009 eingestellt). Bei ihr wurde keine Befangenheit festgestellt – auch nicht durch Professor Goldstone. Der Grund, der

dafür angegeben wurde, ist (wie mir Prof. Chinkin in einem elektronischen Briefwechsel erklärt hat), dass das Mandat des Menschenrechtsrats sich nur mit Ereignissen der Verletzung von internationalem Recht in der Operation („jus in bello“), nicht aber damit befasst, ob diese selbst gerechtfertigt war („jus ad bellum“). Bizarrerweise – jedenfalls erscheint dies so aus der Perspektive eines Nichtjuristen – durfte Frau Chinkin die israelische Reaktion auf den jahrelangen Raketenbeschuss als Kriegsverbrechen bezeichnen, galt aber gleichwohl als unbefangen, weil sie sich über einzelne Aktionen während der Operation nicht geäußert hatte. Doch wenn die Operation als solche kein Akt der Selbstverteidigung, sondern ein Kriegsverbrechen gewesen wäre – wie sie unterstellte –, wäre die Untersuchung einzelner Aktionen logischerweise überflüssig, da sie alle dann im Zusammenhang eines Kriegsverbrechens stünden. Interessant ist darum, dass ein militärischer Experte, der britische Oberst Richard Kemp, der Goldstone als Berater vorgeschlagen wurde, nicht von ihm konsultiert wurde. Er hatte in *BBC-World* während des Krieges die Meinung geäußert, dass die Israelischen Verteidigungskräfte enorme Anstrengungen unternehmen, um Opfer unter den Zivilisten zu vermeiden. Auch vor dem Menschenrechtsrat hat er das nach Erstattung des Berichts wiederholt, nun im Namen einer den Menschenrechtsrat kritisch begleitenden *UN Watch* in Genf. (s. unsere Dokumentation). Goldstone wollte Kemp vorher nicht anhören, „weil der Bericht sich nicht mit den Themen befasst, die er (sc. Kemp) bezüglich der Probleme der Durchführung militärischer Operationen in zivilen Gebieten angesprochen hat“ (*Jerusalem Post* 22.10.2009). Als wenn sich nicht alles gerade darum im Bericht drehte, der schließlich ja auch Israel der Kriegsverbrechen an Zivilisten beschuldigt!

Die Wahrheit gebietet es zu erwähnen, dass der Goldstone-Bericht auch der Hamas in bescheidenem Umfang mutmaßliche Kriegsverbrechen angelastet hat, nicht nur Israel. Ob diese Mutmaßungen im Bericht über Kriegsverbrechen und gar – man bedenke den Bezug auf Genozid und Holocaust, der dadurch hergestellt wird! – „Verbrechen gegen die Menschheit oder Menschlichkeit“ (crimes against humanity) von Israel und der Hamas auf solider Basis erschlossen wurden, wird allerdings vielfach bestritten. Kritisiert wird insbesondere, dass keine von der Hamas unabhängige Erhebung von Zeugenaussagen und keine Gegenprüfung von Zeugenaussagen in Gaza stattgefunden haben. Vor allem hat der Bericht nicht neutrale Zeugen für den oft erhobenen Vorwurf gesucht, dass Hamas und andere palästinensische militante Zivilpersonen gezielt als menschliche Schutzschilde benutzt haben. Ferner wird kritisiert, dass ein großer Teil des Berichts auf bloßer Zitation von unüberprüften Berichten, auch etwa der *Human Rights Watch*, beruht. Selbst der Richter Goldstone gab in einem Interview mit *The Daily Jewish Forward* (s. unsere Dokumentation) zu, dass der Status seiner Anschuldigungen und Verurteilungen als vor Gericht als „unbewiesen“ gilt. Doch der entscheidende Vorwurf gegen den Bericht ist aus meiner Sicht der, dass er die Frage, ob die Operation „Gegossenes Blei“ ein als solcher gerechtfertigter Akt der Selbstverteidigung gegen anhaltende terroristische Angriffe auf Israels Zivilbevölkerung oder aber selbst ein Kriegsverbrechen ist, ausklammerte. Die Tatsache, dass seit Ende des Krieges – jeden-

falls bisher – die Raketenangriffe vom Gazastreifen auf Israel nicht wieder aufgenommen wurden, sollte in diesem Zusammenhang Erwähnung finden. So spielt der Bericht der politisch und nicht menschenrechtlich motivierten Mandatierung der Untersuchung in die Hände. Denn für die Mehrheit im Menschenrechtsrat ist alles, was Israel tut oder unterlässt natürlich ein Verbrechen, weil dieser Staat in Sünde geboren sei.

Für seine unentschuld bare Naivität oder tragische Selbstüberschätzung hat Goldstone vom Menschenrechtsrat die Quittung bekommen. Denn dieser überwies des Richters Bericht mit einer Resolution an die Vollversammlung der Vereinten Nationen, die kein Wort über die Hamas verliert, doch viele Worte zur Beschuldigung Israels (eingeschlossen neue Anklagen, die gar nichts mit dem „Gazakonflikt“ zu tun haben) findet. „Der arme Richter Goldstone“, schreibt der renommierte britische Journalist Sir Harold Evans am 20. Oktober 2009 in *The Guardian*, „bedauert nun, wie sein guter Name benutzt worden ist, Israel auszusondern. Die Schweizer Zeitung *Le Temps* berichtet, er habe sich beklagt: ‚Dieser Entwurf der Entschließung [des Menschenrechtsrats] macht mich traurig ... Es gibt nicht einen einzigen Satz darin, der Hamas verurteilt, wie wir das im Bericht getan haben. Ich hoffe, dass der Rat seinen Text modifizieren kann.‘“ Evans kommentiert das lakonisch als „blödsinnige Hoffnung“. Das war sie, wie der endgültige Resolutionstext zeigt, in der Tat.

Goldstone wurde – wie Evans sagt – „für dumm verkauft“ und ließ sich auch so gebrauchen. Doch sollte man das wahre Problem sehen, das der Menschenrechtsrat in Genf darstellt: In ihm stellen solche Staaten die Mehrheit, die permanent und völlig ungeahndet Menschenrechte schwer verletzt haben und weiterhin verletzen (wie Russland, China und Nigeria z.B.), ohne auch nur im Menschenrechtsrat selbst je dafür zur Verantwortung gebeten worden zu sein. Sie lenken nicht nur mit Goldstones Bericht von sich selbst ab, sondern machen den „Rat“ lächerlich und schließlich das Menschenrecht zur Farce. Israels Recht zur Selbstverteidigung wird komplett ignoriert. Mit Goldstones Bericht hält der Menschenrechtsrat nun allerdings die beste Waffe in der Hand, um die antiisraelischen Absichten der Mehrheit seiner Mitglieder zu bemängeln. Goldstone hat ihnen geholfen, Israel jenen Militanten gleichzustellen, die täglich darauf aus waren und es intentional nach wie vor sind, israelische Zivilisten zu töten. Wie Evans bitter ironisch sagt: „Der Goldstone-Bericht hat den Goldstandard der moralischen Gleichsetzung des Mörders und des Opfers eingehalten.“ Den „Silberstandard“ gehalten zu haben, bescheinigt er Großbritannien, das bei der Abstimmung im Menschenrechtsrat über die Resolution zum Goldstone-Bericht nicht anwesend war. „Eine moralische Scheußlichkeit!“. In der Tat. Gleichwohl hat Israel dafür politisch schon gezahlt und wird auch in Zukunft dazu genötigt werden. Denn nichts ist so langlebig wie eine solche Infamie. Das Einsetzen einer unabhängigen Untersuchung deutet das an. Dass Israels Streitkräfte bereits eine Untersuchung eingeleitet und 23 Verfahren auf den Weg gebracht haben, reicht offenbar nicht. Denn der Verdacht wurde schon gestreut, auch von Goldstone, dass solche Untersuchungen nicht als unparteiisch zu werten seien. Da schließt Goldstone wohl von sich und seiner Kommission auf andere.